Donnerstag, 26. Februar 1925 · 73. Jahrgang Nr. 96

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschließlich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 80 Goldpfennig im voraus zahlbar, durch die Post 3,19 Goldmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preis: Die 12gespaltene Zeile 0.70 Goldmark, für kleine Anzeigen: das Wort 0.20 Goldmark; das fettgedruckte Wort 0.40 Goldmark. Haupt-Expedition: SW, Jerusalemer Str. 46–49 Fernspr.: Dönhoff Nr. 960 bis 965; für den Fernverkehr Nr. 4207 bis 4209. — Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 234, Rudolf Mosse, Berlin NW 7. — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Strasse 67–68, Wiener Strasse 1–4, Frankfurter Allee 286, Frankfurter Allee 346, Grosse Frankfurter Strasse 101, Greifswalder Strasse 107, Kochhannstr. 5, Schönhauser Allee 144. Chefredakteur: Otto Nuschke.

Mit „Jede Woche Musik"
Moden-Zeitung
Sport-Zeitung
Film-Zeitung
Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung
Witzblatt „U.L.K."
BERLIN SEHR UNSICHER

Schiffbauerdamm 4, Raeinsberger Str. 79, Fennstr. 1, Müllerstr. 135, Badstr. 61, Königstr. 56–57, Rosenthaler Str. 65, Rathenower Str. 5, Turmstr. 61, Potsdamer Str. 38, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 6a, Kötbenerstr. 66, Fidicinstr. 8; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2, Kantstr. 34, Scharrenstr. 30, Nürnberger Str. 25–26, Kaiserdamm 20, Friedenau: Rheinstr. 19, Halensee-Grunewald: Hortenstenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1–2; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 21–24, Kaiser-Friedrich-Str. 247–49 Pankow: Borkholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 14; Schöneberg: Hauptstr. 23–24, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 129 Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllsarr. 7; Wilmersdorf: Uhlandstr. 85, Kaiserplatz 13; Brandenburg: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 31–32; Oppeln: Schlossstrasse 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 10; Niederschönweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 28; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradeplatz 8.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Kein Aufenthalt Chamberlains in Paris?

Die Frage der alliierten Konferenz – In der zweiten Märzhälfte in Brüssel?

(Meldung der Funkstation Rudolf Mosse-Haus.)

London, 25. Februar.

Soweit bis jetzt bekannt ist, besteht keine Wahrscheinlichkeit, daß der Außenminister Austen Chamberlain, der sich Ende nächster Woche als Chef der britischen Delegation zur Völkerbundstagung nach Genf begibt, seine Fahrt in Paris unterbrechen wird.

*

In der Frage der beabsichtigten Alliiertenkonferenz, die sich mit dem Bericht der Militärkontrollkommission und der Räumung der Kölner Zone befassen soll, ist inzwischen nichts weiter bekannt geworden. Einige Zeitungen sprachen in der heutigen Morgenausgabe die Vermutung aus, daß, wenn die Konferenz überhaupt stattfinden sollte, sie mit Genehmigung der belgischen Regierung in Brüssel in der zweiten Märzhälfte abgehalten wird. Doch ist, wie gesagt, bis jetzt darüber nichts festgesetzt worden, weder über den Ort der Konferenz, noch über den Zeitpunkt, noch darüber, ob sie überhaupt stattfinden soll.

Anfragen an Chamberlain im Unterhaus

London, 25. Februar. (W. T. B.)

Im Unterhause richtete Thomson an den Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten die Frage, ob er bereit sei mitzuteilen, was der Grund für die Verzögerung der Veröffentlichung des Berichtes der interalliierten Militärkontrollkommission sei. Chamberlain antwortete, die Frage beruhe auf einem Mißverständnis. In Wirklichkeit läge keinerlei Verzögerung hinsichtlich des Berichtes vor, der sehr umfangreich sei, und der bei dem interalliierten Militärkomitee in Versailles, an das er gerichtet sei, erst am 18. Februar eingegangen sei. Dieses Komitee habe die Pflicht, den Bericht zu prüfen und seine Bemerkungen der Botschafterkonferenz zu übermitteln, die an die alliierten Regierungen berichten werde. Die Frage der Veröffentlichung müsse von den Alliierten in Verhandlungen entschieden werden. Ich wünsche, Chamberlain uns nur zu sagen, jetzt keine Ansicht zu äußern, daß ich erkennen kann, daß das Ziel der Alliierten darin bestehen muß, **eine Erfüllung derjenigen Bestimmungen des Versailler Vertrages zu erlangen, von denen dieser Vertrag ausdrücklich die Ermäßigung der Besetzungszeit der Kölner Zone abhängig macht.** Wenn dem so ist, so würde es scheinen, daß eine geeignete oder überhaupt irgendwelche Veröffentlichung davon abhängig sein muß, ob die Veröffentlichung für die Erfüllung der Wünsche der Alliierten und ihren direkten Forderungen und daher auch der Räumung der Kölner Zone eine Erleichterung gewähren würde.

Major Sir Archibald Sinclair fragte, ob in der Frage der französischen Sicherheit der französischen Regierung irgendwelche Zusicherungen gegeben worden seien, durch die die Handlungsfreiheit der britischen Regierung im Hinblick auf die Räumung der Kölner Zone eingeschränkt wurde. Chamberlain verneinte dies.

Schnelldienst

Von der sozialdemokratischen Fraktionsminderheit ist dem sächsischen Landtag ein Antrag zugegangen, der vom Gesamtministerium die Begnadigung des ehemaligen Ministerpräsidenten Zeigner fordert.

Die deutsche Delegation zur Führung der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen ist unter Leitung des Staatssekretärs z. D. v. Koerner nach Moskau abgereist.

Zur Durchführung gemeinsamer Werbemaßnahmen für die Tausendjahrfeier haben die Städte Köln, Düsseldorf, Aachen, Kodlenz, Trier, Essen und Duisburg eine Arbeitsgemeinschaft gebildet.

Die Irisch-Amerikaner haben 40 000 Sack kanadische Kartoffeln na Irland geschickt, um die dortige Hungersnot zu bekämpfen.

Nach einem Beschluß des sächsischen Gesamtministeriums vom 25. Februar ist wegen der Leipziger Messe der Gedenktag für die Opfer des Weltkrieges für den gesamten Freistaat Sachsen auf Sonntag, den 15. März, festgelegt worden.

Zwischen der chinesischen Regierung und der Regierung von Afghanistan werden seit einiger Zeit Unterhandlungen geführt, die den Abschluß eines Freundschaftsvertrages bezwecken.

Die kanadische Regierung plant, dem Beispiel der Vereinigten Staaten folgend, für die Einwanderung von Japanern nach Kanada neue Einschränkungsmaßnahmen durchzuführen.

Das französische Kriegsgericht von Amiens hat wieder neun deutsche Offiziere im Abwesenheits-Verfahren verurteilt.

Dr. Friedensburg Polizeipräsident?

Einstweilen kommissarischer Leiter des Polizeipräsidiums

Landrat Dr. Friedensburg in Rosenberg (Ostpreußen) soll, wie das Wolffsche Telegraphenbureau hört, kommissarisch mit der Leitung des Berliner Polizeipräsidiums betraut werden. Der bisherige stellvertretende Polizeipräsident soll einen anderen wichtigen Polizeipräsidentenposten erhalten.

*

Polizeipräsident Richter ist in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden, und die Neubesetzung des Berliner Polizeipräsidentenpostens wird erst dann erfolgen, wenn Herr Richter endgültig abgebaut ist. Damit kann nach Lage der Verhältnisse bestimmt gerechnet werden, so daß es zu begrüßen ist, wenn der als Nachfolger in Aussicht genommenen Persönlichkeit bereits jetzt Gelegenheit gegeben werden soll, sich in die Geschäfte des Polizeipräsidiums einzuarbeiten. Der Demokrat Dr. Friedensburg ist als eine rückgratfeste, energische und charaktervolle Persönlichkeit weit über die Grenzen Ostpreußens bekannt.

Befriedigender Zustand des Reichspräsidenten

Besuche und Teilnahmekundgebungen

Berlin, 25. Februar, 7 Uhr nachmittags. (W. T. B.)

Im Befinden des Reichspräsidenten ist keinerlei Veränderung eingetreten. Sein Zustand ist nach wie vor befriedigend.

*

Der österreichische Gesandte Dr. Riedl stattete gestern dem Staatssekretär Dr. Meißner einen Besuch ab und übermittelte für den Reichspräsidenten die Anteilnahme und die besten Wünsche des österreichischen Bundespräsidenten und Bundeskanzlers. Von dem hiesigen diplomatischen Korps hat ferner ihrer Teilnahme an der Erkrankung des Reichspräsidenten eine große Anzahl von Persönlichkeiten Ausdruck gegeben. Ebenso haben die Gesandten-Vertreter der deutschen Länder bei der Reichsregierung teils persönlich, teils schriftlich, ihre und ihrer Regierungen Wünsche für die baldige Wiederherstellung des Reichspräsidenten ausgesprochen. Aus allen Teilen des Reiches ist weiter eine Fülle von telegraphischen und brieflichen Teilnahmekundgebungen eingelaufen.

Senator MacCormick †

Washington, 25. Februar. (W. T. B.-Funkspruch.)

Der Senator Medill McCormick ist gestorben.

Wie ergänzend mitgeteilt wird, wurde der Senator heute vormittag in seinem Zimmer im Hotel Hamilton tot aufgefunden. Als Todesursache wurden Magenblutungen festgestellt.

*

Der so unerwartet aus dem Leben geschiedene Senator gehörte zu den bekanntesten Erscheinungen des Washingtoner Kongresses. Er galt bekanntlich in der letzten Zeit als aussichtsreichster Kandidat für den durch die Versetzung Houghtons freigewordenen Posten des amerikanischen Botschafters in Berlin.

Erich Kochs 50. Geburtstag

Der Führer der Deutschen demokratischen Partei, Reichstagsabgeordneter Erich Koch, wird heute 50 Jahre alt. Nach Abschluß seiner juristischen Studien trat er in den Kommunaldienst, in dem er derart erfolgreiche Arbeit leistete, daß er 1913 als Oberbürgermeister nach Kassel berufen wurde. Neben dieser kommunalen Berufsarbeit beschäftigte sich Koch schon frühzeitig mit politischen Angelegenheiten. Bereits als junger Bürgermeister wurde er in

den Oldenburger Landtag gewählt, später war er Mitglied der Bremer Bürgerschaft, und als Oberbürgermeister von Kassel gehörte er dem preußischen Herrenhause an. Seine reichen politischen Fähigkeiten entfaltete er erst nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches. Er wurde als demokratischer Kandidat in die Nationalversammlung gewählt und nahm in der demokratischen Fraktion bald eine hervorragende Stellung ein. Im Oktober 1919 wurde er von seiner Fraktion in das Kabinett Bauer als Innenminister entsandt. Diesen Posten behielt er auch unter den Reichskanzlern Müller und Fehrenbach. Als Petersen von der Parteileitung zurücktrat, wurde er zum Vorsitzenden des Parteiausschusses und zum Vorsitzenden der demokratischen Reichstagsfraktion gewählt. Gegenwärtig ist er auch Parteivorsitzender. Seine glänzende Rednergabe, sein taktisches Geschick, seine Charakterfestigkeit und seine reichen Kenntnisse machen ihn zu einer der wertvollsten und bedeutendsten Persönlichkeiten der deutschen Demokratie. Wir wünschen, daß es ihm vergönnt sein möge, für die Demokratische Partei noch lange und erfolgreich zu wirken.

Farben, die zu schade sind. Wie der Universitätsrektor in Halle bekannt gibt, hat die Burschenschaft „Germania" die Genehmigung erhalten, ihre bisherigen Farben schwarzrotgold in weißrotgold umzuändern. Das alte Band schwarzrotgold soll nur bei feierlichen Gelegenheiten neben dem neuen Band als Ehrenband getragen werden, was eine nicht gerade mutige Verschleierung der Tatsache ist, daß die jungen Herren sich genieren, sich mit den schwarzrotgoldenen Farben dauernd in der Oeffentlichkeit zu zeigen. Aber sie haben recht: Die schwarzrotgoldenen Farben sind zu schade für sie!

Der Blick über die Grenze

Die deutsche Demokratie und die Sicherheit Frankreichs

Von

Dr. Alfred Förster

Am 10. Januar sollte die Kölner Zone von den alliierten Besatzungstruppen geräumt werden, wenn Deutschland die Bestimmungen des Versailler Friedens über seine Entwaffnung erfüllt habe.

Der Termin wurde nicht eingehalten — angeblich, weil die Kontrollkommissionen durch passive Resistenz und durch Häufung ihrer Aufgaben wegen der Kontrollosigkeit zur Zeit des Ruhrkrieges ihren Bericht nicht rechtzeitig feststellen konnten. Wir sagen ausdrücklich „angeblich", weil der „Daily Telegraph" vor kurzem versicherte, der wesentliche Inhalt des Berichtes sei der englischen Regierung schon bekannt gewesen, als Lord Curzon seine Rede im Oberhaus hielt — also Ende November 1924!

Weder die häufigen Andeutungen des Berichtsinhalts noch die gegenwärtige formale Behandlung des Berichts, der mit seinen Anneren 400 Seiten umfassen soll, stärken das Vertrauen in den Willen der Alliierten, den Deutschland oktroyierten Frieden von Versailles durchzuführen, wenn dieser Frieden ihnen selbst Pflichten auferlegt.

Lassen wir die Tatsachen sprechen! Der Bericht ist in der ersten Hälfte Februar fertiggestellt worden und liegt der alliierten Militärkommission in Versailles vor, die unter Vorsitz des Feldmarschalls Foch noch immer besteht. Ihre Aufgabe ist, die vom militärischen Standpunkt notwendigen Schlußfolgerungen aus dem Bericht zu ziehen. Die Vertreter der Alliierten in der Militärkommission handeln im Einverständnis mit den heimatlichen Generalstäben, woraus folgt, daß die Regierungen auch jetzt schon über den Bericht selbst und die sich aus ihm ergebenden militärischen Schlußfolgerungen unterrichtet sind und über den Umweg der Generalstäbe verhandeln. Wenn die Versailler Kommission in ihren Schlußfolgerungen einmütig ist, so ist die Reihe an der Botschafterkonferenz in Paris.

Aber da beginnt schon die Uneinigkeit über den einzuschlagenden Weg. Soll die Konferenz der Botschafter, die auf die Instruktionen ihrer Regierungen angewiesen sind, die Entscheidung der hochpolitischen Räumungsfrage treffen, oder soll eine interalliierte Ministerkonferenz in Brüssel, London oder Paris zusammentreten? Und wenn eine solche Konferenz stattfindet, soll sie Deutschland diktieren oder mit Deutschland verhandeln oder deutsche Vertreter wenigstens hören?

Die äußerlichen Formalien sind noch ganz unklar. Meldungen und Gegenmeldungen jagen sich. Herriot sollte Anfang März nach London fahren — er drückte sich. Chamberlain wollte auf seiner Reise nach Genf den französischen Premier besuchen. Die Pariser Presse entbot ihm den Willkomm, indem sie sich mit rhetorischen Fragen nach den Grundlagen einer Unterhaltung der beiden Minister erkundigt. Bis zur nächsten Gegenmeldung ist eine interalliierte Konferenz in Brüssel bei der Rückkehr der Staatsmänner von der Ratssitzung des Völkerbundes in Genf oder nach den belgischen Wahlen Anfang April Gesprächsthema.

Und wie lange soll Deutschland auf die Räumung Kölns warten? Wenn Deutschland mit fünf oder zehn Prozent seiner Reparationslieferungen im Rückstand blieb — dann riefen die französischen Regierungen, jede in ihrer Art, das unwandelbare Recht an, und der Versailler Vertrag wurde als magna charta dem sündigen Deutschland vor Augen gehalten. Und heute sind die Alliierten noch nicht klar, ob sie den Kontrollbericht veröffentlichen — jene Anklage, die der Vorwand unrechtmäßiger Besetzung deutschen Gebietes ist — oder ob sie ihn in Auszügen dosieren sollen! Heute will Frankreich erst nach Beseitigung eventueller deutscher Verfehlungen, nach einer neuen Kontrolle den Räumungs-